

28. III. 1917

88

Haushaltsplanes für 1917.

Stadt. Dr. Heilbrunn (Sp.) eröffnet die General-

debate. Der vorliegende Haushaltsplan weist in stärkerem Maße als der vorhergehende die Einwirkungen des Krieges auf. Der Steigerung der Ausgaben um 12 Millionen Mark stehen keine entsprechenden Einnahmen gegenüber. Ein richtiges Bild des Stats läßt sich nur gewinnen durch eine vergleichende Heranziehung des Kriegsfonds, der bereits eine Höhe von 8 Millionen erreicht hat. Es ist zu begrüßen, daß der Magistrat in diesem Jahre diese Ausgaben wenigstens zum Teil in den Etat herangezogen hat. Besser wäre es vielleicht noch gewesen, wenn man alle Ausgaben für Kriegszwecke einheitlich in einem Extraordinarium zusammengefaßt hätte. Diese Ausgaben haben bis zum 31. Dezember 1916 die Höhe von 54 Millionen Mark erreicht. Rednet man mit einer Rückerstattung von 50 Prozent der auf Rechnung des Reiches gemachten Auslage, so bleibt für das neue Etatsjahr immer noch eine Belastung von rund 10 Millionen durch reine Kriegsausgaben. In der Erfüllung ihrer sozialen Pflichten hat keine Kommune im ganzen Reich so namhaftes geleistet wie die Stadt Frankfurt. Allein für Zwecke der Kriegsfürsorge sind 22 Millionen verausgabt worden, von denen die Hälfte durch private Beiträge aufgebracht wurde. In Frankfurt werden gegenwärtig rund 40 000 Familien mit 90 000 Angehörigen bei einer Gesamtbevölkerung von 370 000 Einwohner unterstützt, also ein Viertel der Bevölkerung. Man kann manchmal gewisse Bedenken nicht unterdrücken, ob das nicht zu schweren Schädigungen in der Zukunft führen müsse, wenn ein so hoher Prozentsatz der Bevölkerung zu öffentlichen Rentenempfängern herabsinkt. Für die Gegenwart aber müssen alle diese Bedenken zurücktreten vor der einen Sorge, alle Mittel in den Dienst einer siegreichen Beendigung des Krieges zu stellen.

Der Redner tritt dann in eine ausführliche Besprechung der Ernährungsfragen und der angekündigten neuen Maßnahmen ein. Die Herren, die seit zwei Jahren in den Brotkommissionen ihre Zeit und Arbeit in den Dienst der Allgemeinheit stellen, verdienen den wärmsten Dank der Stadt. Wenn auch künftig zur Unterdrückung von Mißbräuchen, wie sie hier und da vorgekommen sein mögen, eine scharfe Kontrolle notwendig ist, so möge man doch in den Kontrollkommissionen mit Vorsicht vorgehen. Bei der Zuweisung von Lebensmitteln ist Frankfurt vielfach zu kurz gekommen, so namentlich bei Fett und Fleisch. Unhaltbar ist die Art und Weise, wie die Versorgung Frankfurts durch die Viehhandelsverbände gehandhabt wird. Die Stadt muß instande sein, die der Bevölkerung zustehenden Fleischrationen auch wirklich zuzuteilen. Das kann sie aber nicht, so lange sie von den Viehhandelsverbänden das Vieh nicht nach dem Gewicht, sondern nach der Stückzahl zugewiesen erhält, und meistens nicht vollwertiges und noch nicht schlachtreifes Vieh in Kauf nehmen muß. Die Regieschlachtung durch die Stadt hat zwar die Klagen über die Verteilung zum Besten gebracht, nach den bisher gemachten Erfahrungen kann sie jedoch in wirtschaftlicher Hinsicht sicher nicht den Vorzug vor dem früheren System der gewerblichen Schlachtungen durch die Metzger beanspruchen. Wenn es auch jetzt nicht möglich ist, schon wieder eine Aenderung des Systems vorzunehmen, so besteht doch gegen eine weitere Ausdehnung der Regieschlachtungen eine Reihe schwerwiegender Bedenken. Vor allem handelt es sich um die Erhaltung zahlreicher Erzeugnisse des Mittelstands, der durch den Krieg schwer genug gelitten hat.

Es erhebt sich die Frage, wo die Mittel zur Deckung der durch den Krieg hervorgerufenen Belastung, die für die Stadt Frankfurt unter Abrechnung der von Reich und Staat zu erwartenden Rückerstattungen bereits 45 Millionen erreicht hat, hergenommen werden können. Vor allem müssen wir damit rechnen, daß durch die starke Heranziehung des Einkommens von Seiten des Reiches und der Einzestaaten den städtischen Finanzen schwerer Abbruch getan wird. Die Belastung des Besitzes hat ihre Grenzen. Schon heute wird ein im Krieg erworbenes Einkommen, wenn man der Berechnung der Kriegsteuer die im Gesetz vorgesehene höchste Stufe zugrunde legt, durch Reich, Staat und Kommune mit 78 Prozent besteuert. Auch die Realsteuern sind kaum weiter ausbaufähig, denn es geht nicht an, die Hausbesitzer noch weiter zu belasten. Zu erwägen bleibt im Gegenteil, ob nicht durch eine Herabsetzung der Wertschaftsteuer das völlig darniederliegende Grundstücksgeschäft neu belebt werden kann. Zur Verbesserung der städtischen Finanzen bleibt gegenwärtig kaum ein anderer Weg als der Appell an den Staat, um eine wirksame Staatsbeihilfe zu erlangen. Man kann nicht immer und immer wieder den Städten neue Aufgaben zuweisen, ohne daß der Staat Verantwortung nimmt, ihnen auch neue Einnahmen zu verschaffen. Wird mit diesem System nicht bald gebrochen, so muß es zu einem Zusammenbruch der großen Kommunen führen. Keinen Endes müssen wir uns auf die wirtschaftliche Entwicklung verlassen, aber mit Vertrauen kann uns auch diese nur erfüllen, wenn der immer mehr um sich greifenden Zentralisierung des gesamten wirtschaftlichen Lebens ein Ende gemacht wird. Frankfurt hat schon schwere Zeiten erlebt, es wird auch die Schädigungen der jetzigen schweren Kriegsjahre überwinden. Mit einem warmen Appell für die politische Gleichberechtigung der Frauen, für die Einführung des Frauenstimmrechts zunächst in den Kommunen schloß der Redner seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Stadt. Weidner (Soz.) bespricht eingehend die Einwirkungen des Krieges auf die städtischen Finanzen und die Möglichkeiten der Deckung der Kriegsausgaben. Hierfür könnten nur direkte Steuern in Betracht kommen, die unter möglichster Schonung der minderbemittelten Schichten auszufallen seien. Die Erhöhung der Pflegegelder im städtischen Krankenhaus bedeute eine schwere Belastung der Krankenkassen. Unzulässig sei es, Frauen unter der Androhung der Rentenentziehung zur Arbeit zu zwingen. Mit Verordnungen allein sei in der Lebensmittelfrage nichts getan. Die Herabsetzung der Protration dürfe erst eintreten, wenn die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch und Kartoffeln gewährleistet sei.

Stadt. Kleinschmidt (natl.) gibt der Genugtuung Ausdruck, daß es der Stadt Frankfurt gelungen sei, ihrer sozialen Pflichten in resloser Weise zu genügen. Der Redner erörtert eingehend die Frage nach neuen Einnahmequellen. Von der Besteuerung des Straßenbahnverkehrs und der durch sie bedingten Erhöhung der Tarife befürchtet er eine schwere Schädigung des städtischen Siedlungsweises. Der Redner dankte zum Schluß den städtischen Beamten, die im Kriege Außerordentliches geleistet haben, für ihre hingebungsvolle Arbeit.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung fielen rasch erledigung; die wenigen Magistratsvorlagen wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen, eine Eingabe der Metzgermeister wegen der Regieschlachtung dem Organisationsausschuß. Auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung wurde eine sozialdemokratische Anfrage gestellt wegen Schaffung von städtischem Kleingeld von 50 Pf., abwärts zur Behebung des Mangels an Scheidemünze.